

INFORMATIONEN

Aquinostraße 7 – 11 • 50670 Köln • Telefon 0221 97269 -20 • Fax 0221 97269 -31
 info@grundrechtekommitee.de • www.grundrechtekommitee.de

Geschlossene und aufgerüstete Stadt Frankfurt

■ **Blockupy kam wieder, und es schien als würde in diesem Jahr das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit auch in Frankfurt gelten. Freitag, 31. Mai 2013, fanden viele große und kleine Proteste gegen das europäische Krisenregime, gegen neokolonialen Landraub und Spekulationen auf Nahrungsmittel, gegen innerstädtische Vertreibungen und Gentrifizierung, gegen brutale Arbeitsverhältnisse der globalen Textilproduktion und gegen die deutsche und europäische Abschiebepolitik statt.**

Massenblockaden und Aktionen Zivilen Ungehorsams

Die Polizei hatte die Europäische Zentral Bank (EZB) in den frühen Morgenstunden selbst weiträumig abgeriegelt. Die Demonstrierenden nahmen diese Blockade gerne auf, umringten die polizeiliche Bankmauer und sperrten die Korridore zum Eurotower. Bunt, kreativ, voller Selbstbewusstsein und zugleich mit viel Wissen und Kompetenz setzten die Demonstrierenden den Protest in der Stadt fort. Vor der Deutschen Bank wurde auf Töpfe gegen Hunger-Spekulationen geklopft. Statt echter flogen symbolische Pflastersteine aus Kunststoff, die an den Scheiben haften, sie aber nicht beschädigten, auf die Scheiben einer Immobilienfirma. Vor wechselnden Geschäften in der Einkaufsstraße erinnerten sie daran, dass die billi-

gen Klamotten in Bangladesch beim Feuer in einer Fabrik mit dem Leben bezahlt wurden und alltäglich von menschenverachtenden Produktionsbedingungen begleitet sind. Über diesen lebendigen europäischen Protest, über die Inhalte und Formen der Zusammenarbeit wäre eigentlich viel zu berichten. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hatte eine Demonstrationsbeobachtung organisiert und war an vielen Orten zugegen. Wir hatten vermutet, dass die Polizei möglicherweise gegen die Aktionen Zivilen Ungehorsams am Freitag gewaltvoll eingreifen würde. Auch wenn es zu einigen Einsätzen von Pfefferspray und einer erheblichen Behinderung der Demo am Flughafen kam, war dem insgesamt nicht so. Schon Samstag morgen begannen wir unsere Besprechung jedoch mit dem irritierenden Eindruck, dass die Polizei vor allem für die Großdemonstration am Samstag aufgerüstet hatte.

Verhinderte Großdemonstration

Schnell mussten wir erleben, dass die gerichtlich durchgesetzte Großdemonstration von der Polizei kurz nach ihrem Beginn gestoppt wurde. Der weit vorne laufende Block von circa tausend Demonstrierenden wurde eingekesselt. Jedem, der nur etwas Verständnis für Demonstrationen und die sie tragenden Bündnisse hat, muss es zynisch anmuten, dass die Polizei meinte, die anderen viel-



© Boris Frentzel - Beginn der Demonstration

leicht 15.000 könnten ihre Demonstration ja fortsetzen. Sie wolle nur die Personen dieses Blocks einzeln durchsuchen. Nichts, rein gar nichts rechtfertigte diesen Eingriff in das Grundrecht. Eine Großdemonstration und die geplanten politischen Kundgebungen wurden verhindert, das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und die Pressefreiheit wurden schwer verletzt. Der Eingriff war schon im Vorhinein geplant –

**Spendenkonto
 Komitee für
 Grundrechte und
 Demokratie
 Volksbank Odenwald
 Konto 8 024 618
 BLZ 508 635 13**

dafür sprechen alle Zeichen. Ein massives Polizeiaufgebot stand am Schauspielhaus bereit. Kurzfristig wurde der Block eng von der Polizei begleitet, die sich dann zurückzog, um hinter dem Block in die Demonstration einzudringen und die Versammlung zu spalten.

Die Explosion von zwei Leuchtraketen fünf Minuten vor dem Eingriff können die Planung nicht ausgelöst haben. Die angebliche „Bewaffnung“ bestand vorrangig aus Sonnenbrillen, bunten Schirmen (europäischer Rettungsschirm) und aus einigen symbolischen Büchern. Die Polizei nennt dies Vermummung und passive Bewaffnung und macht so selbst deutlich, dass diese Gegenstände allenfalls schützen sollen, nicht aber zu einem Angriff und zu Gewalttaten taugen. Das Verhindern einer Großdemonstration kann all dies nicht rechtfertigen. Das Bundesverfassungsgericht hat schon im Brokdorf-Beschluss festgehalten, dass der Schutz der Versammlungsfreiheit erhalten bleiben muss, wenn nicht die Versammlung insgesamt einen „gewalttätigen oder aufrührerischen Verlauf“ nimmt.

Mehr als neun Stunden wurde der Kessel aufrecht erhalten. Am Anfang flogen zwei oder drei Farbbeutel, ansonsten nahm dieser Block von gewaltbereiten und vermummten Straftätern – wie die Polizei behauptete – diese Provokation hin und führte damit der Öffentlichkeit vor, wie gewalttätig die vermummte Polizei und die hinter ihr stehende Politik sind. Nach fast sechs Stunden begann die Polizei, in den Kessel einzudringen und führte die Personen unter Anwendung schmerzhafter Polizeigriffe ab. Verletzte blieben auf der Straße liegen und mussten von Sanitätern behandelt werden.

Viele Verletzte gab es auch in dem von der Polizei als friedlich definierten ausgesperrten Teil der Demonstration. Auch diese polizeilichen Gewalttaten entstanden nicht, weil dort etwa die Polizei angegriffen wurde, sondern weil die Polizei mit Gewalt in die Demonstration stürmte und die Teilnehmenden bedrängte. Davon, dass eine Demonstration

prinzipiell „staatsfrei“ ist (Brokdorf-Beschluss), war nichts zu spüren. Der Schlagstock wurde eingesetzt, Pfefferspray wurde wahllos in die Menge gespritzt. Kinder, Frauen, Männer, Alte und Junge, Journalisten, die ihrer öffentlichen Aufgabe der Berichterstattung nachgingen, wurden verletzt. Die Demo-Sanitäter berichten später von geschätzten 320 Verletzten. „Dazu kommen noch alle, die sich selbst helfen konnten oder die im Chaos keinerlei Behandlung erfuhren.“

Gegen 22.30 Uhr, nachdem sie die Personalien von 1052 Personen aufgenommen hatte, ließ die Polizei es zu, dass die nicht eingeschlossene aber von der Versammlung ausgeschlossene Spitze des Demonstrationzugs zu dem Rest der Demonstration gehen konnte. Ein noch immer von der Polizei behinderter, teils videografiertes Demonstrationzug ging nur noch den kurzen Weg zurück zum Bahnhof, Dort fand gegen 24.00 Uhr eine kurze Abschlusskundgebung statt.

Diese planvolle und systematische Polizeigewalt muss viele Nachspiele haben. Die ersten Klagen sind eingereicht. Die Verantwortung für diesen Einsatz ist im politischen Betrieb zu suchen. Aber auch die Polizei muss sich fragen lassen, wieso sie sich so rechtswidrig einsetzen lässt.

Das Grundrechtekomitee wird noch ausgiebig berichten.

◆ *Elke Steven*

Materialien:

Presseinformation: www.grundrechtekomitee.de/node/581

Interview: www.grundrechtekomitee.de/node/585

Presseinformation zum Grundrechte-Report 2013: www.grundrechtekomitee.de/node/583

Gerne schicken wir die Texte auch per Post zu.



© Claudia Flemming: ... kurze Zeit später

„Ferien vom Krieg“ beginnen

■ **Die „Ferien vom Krieg“ zum israelisch-palästinensischen Dialog beginnen diesen Sommer erst nach dem Ramadan und dauern deshalb bis September.**

Die Auswahl der 160 TeilnehmerInnen ist abgeschlossen, und die Visa für die PalästinenserInnen werden gerade beantragt. Die Situation im Nahen Osten entwickelt sich derzeit bedrohlich, eine Zitterpartie, ob die Seminare stattfinden können, ist zu befürchten.

Die beiden Gruppen aus Bosnien, Kroatien und Serbien, die sich in Neum am Mittelmeer treffen, kommen im September bereits nach Hause zurück, werden sich aber schon bald wiedersehen, denn Mitte September soll in Tuzla/Bosnien ein großes Fest zu „20 Jahre Ferien vom Krieg“ stattfinden, zu dem wir viele ehemalige „Kriegskinder“ erwarten, die nun erwachsen sind.

Zu der entsprechenden Feier im November in Frankfurt wollen wir ca. 20 der langjährigen MitarbeiterInnen und friedenspolitisch engagierte, ehemalige TeilnehmerInnen aus den beiden Krisenregionen zum Erfahrungsaustausch einladen. Vor allem aber wollen wir uns mit dem 20-Jahre-Fest am 9.11. in Frankfurt bei unseren SpenderInnen und Mitarbeiterinnen für ihre Unterstützung bedanken und hoffen auf zahlreiche Teilnahme.

◆ *Helga Dieter*



Der Grundrechte-Report 2013 befasst sich anlässlich des Versagens der „Verfassungsschutz“-Behörden bei der Beobachtung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ schwerpunktmäßig mit dem Thema Geheimdienste. Er behandelt darüber hinaus eine Vielzahl aktueller Themen wie

- die Versammlungsverbote bei den Blockupy-Aktionen im Frühjahr 2012
- die vom EGMR erneut festgestellten Menschenrechtsverletzungen im „Fall El Masri“
- den Generalverdacht gegen „Andershäutige“ (Racist profiling) bei der Bundespolizei

Herausgeber: Till Müller-Heidelberg, Elke Steven, Marei Pelzer, Martin Heiming, Heiner Fechner, Rolf Gössner, Ulrich Engelfried, Falko Behrens: Grundrechte-Report 2013 - Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, Fischer Verlag - Preis: : 10,99€

Grüne Abschiebepolitik aus der „offenen“ Stadt Freiburg

■ **Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg strebt laut Regierungserklärung eine humane Flüchtlingspolitik an. Dies führte allerdings bislang nicht zu einer Beendigung der Abschiebepolitik.**

Am 28. Mai hat erneut ein Abschiebeflug von Baden-Airpark nach Pristina stattgefunden. Abgeschoben wurden auch 34 Flüchtlinge aus dem grün-roten Baden-Württemberg. Abschiebungen aus der Stadt Freiburg konnten bislang durch den Protest von Solidaritätsgruppen und Betroffenen verhindert werden.

In der Nacht vom 22. auf den 23. April versuchte die Polizei in der „grünen Metropole“ Freiburg, eine Roma-Familie festzunehmen und der Abschiebung zuzuführen. Dieser Versuch ist gescheitert, weil die Familie nicht auffindbar war. Gleiches war bei zwei weiteren Abschiebeversuchen Ende Mai der Fall. Weitere Abschiebeversuche unter grüner Verantwortung sind jedoch zu erwarten.

Die Stadt Freiburg beschreibt sich seit Jahren als „offene Stadt“ und wendet sich deklaratorisch gegen jede Form von Diskriminierung. Mit Bundesmitteln wird ein Anti-

Diskriminierungskonzept entwickelt. Dies hindert aber nicht daran, Menschen, die hier Zuflucht gesucht haben, abzuschieben.

Der grüne Oberbürgermeister Dieter Salomon verweigerte kürzlich auf Anfrage des lokalen Radiosenders „Radio Dreieckland“ eine Stellungnahme und verwies auf die Zuständigkeit des Landes. Dies stellt eine skandalöse Flucht vor der politischen und menschenrechtlichen Verantwortung dar.

Immerhin aber haben die Proteste der lokalen Solidaritätsgruppen dazu geführt, dass in einem interfraktionellen Antrag nunmehr gefordert wird:

1. Der Gemeinderat erklärt öffentlich, dass er die aktuell drohenden Abschiebungen aus Freiburg ablehnt.
2. Der Gemeinderat befasst sich mit dem Vorrang der Kinderrechte (UN-Kinderrechtskonvention; SGB VIII) gegenüber dem Ausländerrecht. Er fasst einen Beschluss, der für die kommunalen Behörden bindend ist.
3. Die Bürgermeister nehmen mit der Landesregierung, dem Regierungspräsidium und der Polizei Gespräche auf und bringen deutlich ihre Ablehnung von Abschiebungen zum Ausdruck.

Abschiebungen sind in den Augen des Komitees für Grundrechte und Demokratie menschenrechtswidrig, fördern die Diskriminierung und sind gänzlich zu unterlassen. Wir fordern die Presse auf, Abschiebungen unter Verantwortung einer grün-roten Landesregierung und eines grünen Stadtbürgermeisters kritisch zu hinterfragen.

◆ *Albert Scherr*

Ihre Sommer spende

Bitte nutzen Sie beiliegenden Überweisungsträger und unterstützen Sie unsere vielfältigen Aktivitäten.

Ganz herzlichen Dank!

Leo-Proteste: Dranbleiben!

Erstmals hat die Rüstungsschmiede Rheinmetall Protest von innen und außen während der Hauptversammlung im Mai in Berlin zu spüren bekommen. Draußen war das Leo-Personenbündnis mit Plakaten und Redebeiträgen präsent, drinnen argumentierten die Kritischen Aktionäre. Schon tags zuvor war die Rheinmetall-Zentrale in Düsseldorf belagert worden. Bei beiden Aktionen wurden Blutaktien präsentiert. Aktionäre und der Konzern wurden aufgerufen, auf zivile Güter umzusatteln und sich vor allem gegen den Export der Leo-Panzer in die Länder des Nahen Ostens zu stellen. Die Aktionen werden weitergehen. Im „Wahlkampf“ werden viele Gruppen die Kandidaten mit unseren friedenspolitischen Forderungen konfrontieren. In Berlin ist die nächste Leo-Aktion als Menschenkette am Antikiegtag, 1.9., geplant. Weitere Hintergrundinformationen zu Rüstungsexporten finden Sie in unserem beiliegenden Info zur Militarisierung.

◆ *Martin Singe*

Rente für Gefangene: Bundestagsdebatte

■ **Seit fast zwei Jahren läuft die Komitee-Petition „Rente für Gefangene“, der sich auch fast alle relevanten Organisationen der Straffälligenhilfe angeschlossen haben. Über 5.670 Unterschriften gingen dem Bundestag zu, darunter über 3.240 von betroffenen Gefangenen. Nach wie vor schreiben uns viele Gefangene und schildern ihre katastrophale Lage von Ausgrenzung, Armut und Verschuldung.**

Jetzt hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag im Bundestag eingebracht (BT-Drs. 17/13103), in der die Forderungen aufgegriffen und erweitert werden. Hinzu kommen sollen eine bessere Entlohnung und

Demon- tage des Grund- rechts auf Asyl

Die Grundrechtsänderung 1993 markierte einen vorläufigen Endpunkt in dem politischen Bemühen, das schrankenlose Grundrecht auf Asyl, das einen Rechtsanspruch auf Asyl über die Normen des Völkerrechts und der Genfer Flüchtlingskonvention hinaus formulierte, einzuschränken. Aus einem allgemeinen vorbehaltlosen Grundrecht wurde ein Ausnahmerecht, das es dem Staat erlaubt, Flüchtlingen das Grundrecht auf Asyl zu verweigern und sie damit abzuweisen und schneller abzuschicken. Aus dem Flüchtling als Rechts-subjekt wurde ein Objekt staatlicher Flüchtlingsverwaltung mit weitreichenden Folgen und humanen Kosten. Mit der politisch gewollten Aufgabe des Asylgrundrechts wur-



© Martin Singe; Freitag vor der EZB

den sukzessive Bedingungen gesellschaftlicher Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen und Immigranten politisch hergestellt. Den vollständigen Kommentar zum zwanzigsten Jahrestag der Asylrechtsänderung finden Sie unter: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/580>

◆ *Dirk Vogelskamp*

Gesundheitsda- ten auf zentralen Servern?

■ **Schon lange argumentieren wir gegen die elektronische Gesundheitskarte und beobachten den schlingernden Prozess ihrer Entwicklung und ihres roll-outs.**

Wolfgang Linder, Mitglied unserer Arbeitsgruppe Gesundheit und ehemaliger stellvertretender Bremischer Datenschutzbeauftragter, setzt sich in seinem aktuellen Artikel mit der serverbasierten Infrastruktur, d.h. der Speicherung von Gesundheitsdaten auf zentralen Servern, auseinander. Sein Artikel hat den Titel: „Die elektronische Gesundheitskarte (eGK) – ein Feigenblatt vor der serverbasierten Infrastruktur der Gesundheitstelematik (GT)“.

Der Artikel ist auf unserer Internetseite zu finden (<http://www.grundrechtekomitee.de/node/586>) und kann in der Geschäftsstelle bestellt werden.

◆ *Elke Steven*

die Einbeziehung auch in die Kranken- und Pflegeversicherung. Außerdem solle statt der Pflichtarbeit ein freiwilliges Arbeitsverhältnis zur Grundlage werden.

Die Befürworter zitieren das Resozialisierungs- und Sozialstaatsprinzip als Hauptgründe für die überfällige Einbeziehung der Gefangenen in die Sozialversicherungen. In der Debatte wurde auch auf die noch offene Behandlung der Petition verwiesen. Der Antrag geht zunächst in die Ausschüsse, wobei vom federführenden „Arbeit und Soziales“ nichts Gutes zu erwarten steht. Es ist ein Trauerspiel, was sich der reiche Sozialstaat Bundesrepublik hier leistet! Soziale Menschenrechte: Fehlanzeige.

◆ *Martin Singe*